

Schriftleitung:
Rechtsanwalt Dr. Johann Seehon
Blumenstraße 48/VI, 8000 München 2

Rechtszeitschrift des
Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs e.V. (ADAC)

48. Jahrgang

15. November

Heft 11

Die Grenzen des Ersatzes von Mietwagenkosten

Die Bedeutung immaterieller Interessen für die Naturalrestitution

Von Dr. jur. habil. Ingo Koller, Passau

A) Einleitung

Nach Verkehrsunfällen wird von ca. 25 % aller Geschädigten ein Mietwagen in Anspruch genommen, während sich die übrigen Geschädigten mit dem Ersatz der entgangenen Gebrauchsvorteile in Geld begnügen. Die Entschädigung für den Nutzungsausfall beträgt im Durchschnitt nur die Hälfte bis zu einem Drittel der durchschnittlichen Mietwagenkosten. Wenn man bedenkt, daß die Mietwagenkosten etwa 7 % des bei der Schadensregulierung den Versicherern entstehenden Aufwandes ausmachen und in dieser Höhe voll auf die Prämien durchschlagen, so ist es nicht verwunderlich, daß verbreitet nach Methoden gesucht wird, den Ersatz von Mietwagenkosten stärker zu begrenzen. Bezeichnenderweise wird die in der Rechtsprechung¹⁾ und Literatur²⁾ zu verzeichnende Tendenz, den Schädiger bzw. den Geschädigten dort stärker zu belasten, wo hinter diesen Personen eine potente Versicherung steht, in einem Bereich ins Gegenteil verkehrt, in dem die Versicherung nicht mehr als anonymes Etwas, das Schäden leicht zu absorbieren vermag, sondern als Institution begriffen wird, die spürbar Schäden auf nahezu jeden Haushalt umlegt. Einige Beispiele aus dem Bereich des Ersatzes von Mietwagenkosten mögen dies verdeutlichen.

1. Taxi statt Mietwagen

Es kann heute als ganz herrschende Ansicht³⁾ bezeichnet werden, daß der Geschädigte, der nur geringen Fahrbedarf hat, keinen Ersatz der Mietwagenkosten verlangen darf, wenn die Benutzung von Taxis erheblich billiger und zumutbar ist. Als zumutbar wird die Hinnahme von Unbequemlichkeiten, wie der Umstand, daß Taxis erst gerufen werden müssen, daß Wartezeiten nicht zu vermeiden sind, daß es immer ungewiß ist, ob im Bedarfsfall überhaupt ein Taxi rufbereit ist, bezeichnet.

2. Öffentliche Verkehrsmittel statt Mietwagen

Kann der Geschädigte mit einem Taxi seinen Fahrbedarf immerhin noch mit einem Kraftfahrzeug auf Kosten des Schädigers befriedigen, so wird ihm in anderen Konstellationen angesonnen, auf öffentliche Verkehrsmittel auszuweichen.⁴⁾ Dies sei dort zumutbar, wo einem relativ geringen Fahrbedarf eine günstige öffentliche Verkehrsverbindung gegenüberstehe⁵⁾ oder der Geschädigte eine besonders lange Reise antreten wolle.⁶⁾ Wenn der Geschädigte die Reise nicht verschieben wolle oder könne, so müsse er grundsätzlich mit der Bahn fahren.

¹⁾ OLG Düsseldorf, NJW 69, 2051; Himmelreich-Klimke, Kfz-Schadensregulierung (Loseblatt-Kommentar, Stand 1979), Rz 1535 ff.; Born, VersR 78, 786 jeweils mit umfassenden Nachweisen; vgl. ferner Lange, Schadensersatz (1979), S. 180.

²⁾ Himmelreich-Klimke, Kfz-Schadensregulierung, Rz 1549 ff., Born, VersR 78, 787 m. w. Nachw.

³⁾ Jordan, 13. Deutscher Verkehrsgesichtstag 1975 (1975), S. 234.

¹⁾ Aus der Rechtsprechung bezeichnend OLG Celle, JZ 73, 246; dazu Koller, Die Risikozurechnung bei Vertragsstörungen in Austauschverträgen (1979), S. 414 ff.; vgl. ferner F. Baur, Festschrift Raiser (1974) S. 129 f.

²⁾ Vgl. Deutsch, Haftungsrecht, Erster Band: Allgemeine Lehren (1976), S. 335 f.

⁴⁾ OLG Stuttgart, VersR 77, 44; OLG Karlsruhe, VersR 74, 1005 f.; Born, VersR 78, 787; enger Himmelreich-Klimke, a.a.O., Rz 1549 ff.

Dabei sei es unerheblich, daß der Transport des mitgeführten Gepäcks in der Bahn weitaus unbequemer als im Auto sei.

3. Irrelevanz von Affektionsinteressen

Eine Vernachlässigung immaterieller Interessen kommt auch darin zum Ausdruck, daß man z. B. dem Besitzer eines Sportwagens mit dem Argument, der Sportwagen diene nur Affektionsinteressen, den Ersatz für die Anmietung eines vergleichbaren Wagentyps abschneidet.⁷⁾

4. Wertgleiches statt typengleiches Fahrzeug

In jüngerer Zeit ist eine neue Stoßrichtung gegen den Ersatz von Mietwagenkosten zu verzeichnen. Ihr Ansatz beruht auf dem Umstand, daß die gewerblichen Kfz-Vermieter ausschließlich neuwertige Wagen in ihren Beständen halten. Das hat zur Folge, daß auch derjenige Geschädigte in den Genuß eines neuwertigen Ersatzfahrzeuges gelangt, der selbst nur ein älteres Fahrzeug besitzt. Die ganz herrschende Ansicht berücksichtigt beim Ersatz der Mietwagenkosten das Alter des beschädigten Fahrzeuges nicht und gibt des Geschädigten einen Anspruch auf ein typengleiches Ersatzfahrzeug. Dagegen wird eingewendet, im Schadensersatzrecht komme es ausschließlich auf Vermögenswerte an.⁸⁾ Es müsse daher beim Ersatz der Mietwagenkosten gefragt werden, ob sich der Vermögenswert des Mietwagens und der des beschädigten Fahrzeuges decke. Sei dies nicht der Fall, so müsse sich der Geschädigte mit einem um zwei Preisklassen billigeren Mietwagen begnügen, wenn sein eigener Wagen älter als zwei Jahre ist (z. B. anstatt eines VW-Golf mit einem Polo) und gar mit einem um vier Preisklassen billigeren Fahrzeug, wenn das eigene Fahrzeug älter als sechs Jahre ist (z. B. mit einem Polo anstatt eines VW-Passat [85 PS]). Dem Geschädigten sei ein Zurückgreifen auf ein klassenkleineres Fahrzeug ausnahmsweise nur dann nicht zuzumuten, wenn dieses Fahrzeug den speziellen wirtschaftlichen Zwecken des Geschädigten nicht gerecht werde. Fuhr der Geschädigte ein Fahrzeug der geringsten Preisklasse, so dürfe er zwar einen typengleichen Mietwagen anmieten, müsse jedoch den erzielten Vorteil finanziell ausgleichen. Der Umstand, daß der Geschädigte sich mit einem weniger komfortablen Kraftfahrzeug zufrieden geben müsse, das ihm weniger Freude am Fahren und weniger Schutz vor Verkehrsunfällen verschaffe, dessen Fahreigenschaften außerdem ungewohnt seien, sei als nicht vermögenswert irrelevant.

B) Begründung der Begrenzung des ersatzfähigen Schadens in Literatur und Rechtsprechung

Die Einengung der ersatzfähigen Mietwagenkosten wird im allgemeinen auf drei Pfeiler gestützt.

Zum einen wird behauptet, der Schadensbegriff werde heute wirtschaftlich verstanden. Der Ersatzpflichtige sei gehalten, wirtschaftlich⁹⁾ die Lage wieder herzustellen, die ohne den Eintritt des Schadenseignisses bestanden hätte. § 249 BGB sei in seinen beiden Alternativen

– Naturalersatz und Zahlung des dazu erforderlichen Geldbetrages – darauf gerichtet, den an seinem Vermögen Geschädigten in die gleiche wirtschaftliche Vermögenslage zu versetzen, die ohne den Schadenfall bestanden hätte. Da Nachteile, die lediglich die Freude am Fahren, die Bequemlichkeit, den Prestigewert betreffen, nicht vermögenswert seien, brauchten sie nicht ausgeglichen zu werden.¹⁰⁾ Zu Recht habe es daher die Rechtsprechung abgelehnt, dem Geschädigten, der im Verhältnis zu seinem eigenen unfallgeschädigten Wagen ein weniger komfortables Fahrzeug angemietet habe, neben den Mietwagenkosten einen Anspruch auf Nutzungsausfall zuzuerkennen. Im übrigen dürfe ja der Geschädigte im Totalschadensfall ebenfalls nur ein wertgleiches, nicht aber ein typengleiches Ersatzfahrzeug fordern.¹¹⁾

Ferner beruft man sich auf den Begriff „erforderlich“ in § 249 S. 2 BGB in der Interpretation, die dieser Begriff in Literatur und Rechtsprechung gefunden hat. Der BGH¹²⁾ legt den Begriff „erforderlich“ unter weitgehender Billigung durch die Literatur¹³⁾ objektiv aus. Danach soll der Geschädigte denjenigen Betrag verlangen können, den eine verständige und wirtschaftlich denkende Person in der Lage des Geschädigten zur Herstellung des Zustandes, in dem er sich ohne den Schadenfall befunden hätte, für erforderlich halten darf. Die Unbestimmtheit dessen, was „verständlich und wirtschaftlich gedacht“ ist¹⁴⁾, ermuntert, immaterielle Interessen, wie seine Bequemlichkeit und seine Vorlieben, mehr oder minder beliebig zu vernachlässigen.¹⁵⁾

Der dritte Pfeiler wird unmittelbar auf die Schadensminderungspflicht des § 254 II 1 BGB gegründet. Zur Schadensminderungspflicht gehöre es nämlich – so wird postuliert –, gewisse Unbequemlichkeiten in Kauf zu nehmen, um den Schaden niedrig zu halten und unvernünftigen Aufwand zu vermeiden.¹⁶⁾ In diesem Zusammenhang wird häufig das Argument herangezogen, daß sich der Geschädigte so zu verhalten habe, wie sich ein Geschädigter vernünftigerweise verhalten hätte, der keinen Ersatzpflichtigen hinter sich weiß und die Ersatzaufwendungen voll aus eigenen Mitteln tragen muß.¹⁷⁾

Die hier vorgetragenen Begründungen sind nicht nur schwerlich mit den gesetzlichen Regeln über den Schadensausgleich in Einklang zu bringen. Sie zeigen darüber hinaus deutlich, daß das gesetzliche System des Schadenrechtes immer stärker Gefahr läuft, sich aufzulösen. An seine Stelle treten vielfach vorschnelle, kon-

⁹⁾ Born, VersR 78, 790, 792.

¹⁰⁾ Vgl. Jordan, Verkehrsgesetzgebung, a.a.O., S. 235 ff.; Born, VersR 78, 791.

¹¹⁾ BGHZ 54, 84 ff.; 61, 348 f.; 63, 184 ff.; vgl. auch OLG Karlsruhe, VersR 75, 1013; OLG Stuttgart, VersR 77, 44; OLG Köln, VersR 77, 48.

¹²⁾ Palandt/Heinrichs, BGB, 38. Aufl., § 249 Anm. 2 b; Soergel-R. Schmidt, BGB, 10. Aufl., § 249 Anm. 77; Erman-Sirp, BGB, 6. Aufl., § 249 Anm. 68; Deutsch, Haftungsrecht, a.a.O., Bd. I, S. 441; Gotthardt, VersR 75, 979; vgl. auch Keuk, Vermögensschaden und Interesse (1972), S. 199; Wussow, Das Unfallhaftpflichtrecht, 12. Aufl., Rz 1192.

¹³⁾ Vgl. Gotthardt, VersR 75, 977 (980).

¹⁴⁾ Vgl. Born, VersR 78, 784 ff. m. Nachw.

¹⁵⁾ Vgl. BGH, VersR 70, 547; 74, 147; KG, VersR 71, 257; OLG Frankfurt VersR 78, 452; OLG Karlsruhe, VersR 74, 1006; OLG München, VersR 68, 605; OLG Köln, VersR 74, 893; OLG Nürnberg, VersR 74, 678; LG Bochum, VersR 76, 299; LG Stuttgart, VersR 77, 44; LG Kempten, VersR 74, 1037; LG Bonn, VersR 75, 456; LG Trier, VersR 76, 156; LG Aachen, VersR 72, 594; Born, VersR 78, 786 m. w. Nachw.; ferner Medicus, JuS 69, 453; Böttcher, VersR 66, 302; Jordan, Verkehrsgesetzgebung, a.a.O., S. 234; Geigel, Haftpflichtprozeß, 16. Aufl., S. 117; Hansen, Normativer Schadensbegriff und Schadensberechnung (1977), S. 76; weiter: Zeuner, AcP 163, 398; F. Baur, Festschrift Raiser (1974), S. 129 f.

¹⁶⁾ Vgl. BGH, VersR 72, 1025; LG Düsseldorf, VersR 70, 357; LG Schweinfurt, VersR 74, 919; LG Amberg, VersR 75, 549 f.; LG Nürnberg-Fürth, VersR 74, 507; LG Kempten, VersR 74, 1036; Jordan, Verkehrsgesetzgebung, a.a.O., S. 227, 234; Steffani, VersR 67, 922; Dörner, VersR 73, 703; Schmidt, DAR 70, 293 f.; Palandt/Heinrichs, BGB, § 249 Anm. 2 d.

⁷⁾ OLG München, VersR 63, 72; OLG Köln, NJW 67, 570; Born, VersR 78, 785; a.A. MünchnKomm.-Grünsky, BGB, § 249 Anm. 29; Himmelfreich-Klimke, Kfz-Schadensregulierung, Rz 1411 ff.

⁸⁾ So Jordan, a.a.O., S. 235; Born, VersR 78, 788; ebenso Sanden, Sachschadensrecht des Kraftverkehrs, 2. Aufl. (1977), Anm. 316 ff.; a.A. Himmelfreich-Klimke, Kfz-Schadensregulierung, Rz 1407 f.

⁹⁾ Vgl. BGHZ 63, 184; BGH, NJW 76, 1203; VersR 63, 1186; 70, 547; OLG Hamburg, VersR 65, 1182 f.; 77, 1034; OLG Frankfurt, VersR 78, 542; Born, VersR 78, 789.

turenlose Billigkeitserwägungen,¹⁸⁾ deren Tragweite nicht recht überblickt wird und die zu in sich widersprüchlichen Ergebnissen führen. Die Legitimität der Rechtsfortbildung soll damit nicht bestritten werden. Bevor man sich aber auf ihren Weg begibt, sollte man prüfen, ob sich nicht im Rahmen des gesetzlichen Systems tragbare Ergebnisse erzielen lassen. Daß dies im Hinblick auf die Ersatzfähigkeit von Mietwagenkosten und die Ausgleichsfähigkeit immaterieller Nachteile möglich ist, soll im folgenden dargelegt werden.

C) Der Ersatz von Mietwagenkosten als Form der Naturalrestitution

I. Naturalrestitution und Kompensation

1. Kompensation

Das BGB kennt zwei Formen der Ersatzleistung: die Naturalherstellung (§ 249 BGB)¹⁹⁾ und die Entschädigung für Vermögensschäden in Geld (Kompensation; § 251 BGB)²⁰⁾. Im Wege der Kompensation werden unabhängig von der Möglichkeit und Wirtschaftlichkeit einer Naturalherstellung Schäden durch Zahlung von Geld ausgeglichen. Diese Form des Schadensausgleiches beschränkt sich, wie sich aus § 253 BGB ergibt, grundsätzlich auf Vermögensschäden. Die Pflicht, Schäden, die durch die Beeinträchtigung der Gebrauchsmöglichkeit eines Kraftfahrzeuges entstehen, in Geld zu kompensieren, hängt demnach davon ab, inwieweit die isolierte Gebrauchsmöglichkeit eines Fahrzeuges Vermögensqualität besitzt. Es braucht hier nicht weiter diskutiert zu werden, ob die Rechtsprechung²¹⁾ unter Berufung auf die Verkehrsauffassung²²⁾ die bloße Nutzungsmöglichkeit zu Recht zu den vermögenswerten Gütern gezählt hat²³⁾. Die Beeinträchtigung der Bequemlichkeit, der Freude am Fahren, des Prestigewertes eines Kraftfahrzeuges wird nämlich zutreffend auch von der Rechtsprechung²⁴⁾ und der Literatur²⁵⁾ – jedenfalls in aller Regel – unter die immateriellen Nachteile eingeordnet. Da es in dem hier interessierenden Zusammenhang um den Ausgleich derartiger immaterieller Nachteile durch Stellung eines Ersatzwagens geht, kann festgehalten werden, daß eine Entschädigung für die Hinnahme dieser Nachteile durch Geldzahlung nicht in Betracht kommt. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß der Geschädigte auch im Wege der Naturalrestitution keinen Ausgleich dieser Nachteile fordern darf.

2. Naturalrestitution

Im Unterschied zur Kompensation kann der Geschädigte im Rahmen der Naturalherstellung unbeschränkt verlangen, daß der Zustand hergestellt wird, der bestehen würde, wenn das schädigende Ereignis nicht eingetre-

ten wäre²⁶⁾. Wenn in Rechtsprechung und Literatur vielfach formuliert wird, es sei der „wirtschaftliche“²⁷⁾ Zustand wiederherzustellen, so ist das zumindest ungenau. Sicherlich ist der Schädiger gehalten, den Geschädigten in den wirtschaftlichen Zustand zu versetzen, in dem er ohne Schadensfall stünde. Er hat darüber hinaus aber – was von den Gerichten häufig verkannt zu werden scheint²⁸⁾ – grundsätzlich auch die aus der Schädigung resultierenden immateriellen Nachteile insoweit zu beseitigen, als sie fortwirken und behebbar sind.²⁹⁾ Wäre es anders, so könnte jemand, der eine Körperverletzung erlitten hat, Heilungskosten allenfalls insoweit verlangen, als die Körperverletzung seine Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt, und müßte im übrigen den immateriellen Schaden „Verletzung der Gesundheit“³⁰⁾ selbst tragen³¹⁾.

An dem Grundsatz, daß auch immaterielle Nachteile im Wege der Naturalrestitution auszugleichen sind, ändert sich nicht deshalb etwas, weil derartige Nachteile im Gefolge eines Sachschadens entstanden sind³²⁾. Die Pflicht zur Naturalherstellung besteht völlig unabhängig davon, ob ein Vermögensgut tangiert oder ob ein Vermögensschaden entstanden ist. Dies läßt sich anhand der jüngeren Rechtsprechung des BGH³³⁾ zur Beeinträchtigung der Gebrauchsmöglichkeit von Wohnungseigentum und Einfamilienhäusern demonstrieren. In diesen Entscheidungen spricht der BGH der bloßen Möglichkeit, die Wohnung bzw. das Haus zu eigenen Wohnzwecken zu nutzen, Vermögensqualität ab. Wenn das Wohnbedürfnis nicht in den eigenen Räumen befriedigt werden könne, so stelle dies keinen Vermögensschaden, sondern lediglich einen immateriellen Nachteil dar.

Daraus folgt aber nicht, daß der Geschädigte schutzlos wäre; denn der Schädiger ist, wie der BGH betont, zum Ausgleich der immateriellen Nachteile durch Übernahme der Kosten für eine Ersatzwohnung verpflichtet³⁴⁾. Hieraus ergibt sich ferner, daß das Prinzip, daß im Wege der Naturalrestitution auch immaterielle Schäden zu beheben sind, auch dort gilt, wo der Geschädigte den zur Restitution erforderlichen Geldbetrag verlangt³⁵⁾. Der Anspruch aus § 249 S. 2 BGB ist nämlich ebenfalls an dem Gedanken der Wiederherstellung orientiert³⁶⁾ und soll dem Geschädigten nur erlauben, die Restitution in eigene Hände zu nehmen.

¹⁸⁾ Vgl. Keuk, Vermögensschaden, a.a.O., S. 14; Fenn, NJW 75, 684; Diederichsen, Festschrift Klingmüller (1974), S. 73 ff.; Hagen, Festschrift Larenz (1973), 867, 877.
¹⁹⁾ Esser-Schmidt, Schuldrecht AT, 5. Aufl., Teilband 2, S. 150 ff.; Larenz, Schuldrecht AT, 12. Aufl., S. 383.
²⁰⁾ Esser-Schmidt, Schuldrecht I 2, a.a.O., S. 157 ff.; Larenz, Schuldrecht AT, S. 383.
²¹⁾ BGH, VersR 66, 497; NJW 67, 553; VersR 71, 720. Weitere Nachw. bei Himmelreich-Klimke, Kfz-Schadensregulierung, Rz 1613 ff.
²²⁾ Kritisch zu diesem topos: Esser-Schmidt, Schuldrecht I 2, a.a.O., S. 141 f.; Tolk, Der Frustrierungsgedanke und die Kommerzialisierung immaterieller Schäden (1977), S. 94 f.; Stoll, JZ 71, 594.
²³⁾ Kritisch im Hinblick auf den Zeitgewinn als Vermögenswert, Hansen, Normativer Schadensbegriff, a.a.O., S. 70.
²⁴⁾ BGH, NJW 67, 553; OLG Köln, NJW 67, 570 (a.A. im Hinblick auf die Bequemlichkeit bei Geschäftsfahrzeugen BGH Z 70, 547 ff.).
²⁵⁾ Vgl. Böttcher, VersR 66, 301 f.; Larenz, Festschrift Nipperdey I (1965), S. 490 f., 507; Knobbe-Keuk, VersR 76, 403; Füchsel, DAR 68, 38; Born, VersR 78, 790; kritisch zu der Unterscheidung zwischen schneller Beweglichkeit einerseits und Bequemlichkeit andererseits im Ergebnis zu Recht Köndgen, AcP 177 (1977), S. 12 vgl. auch S. 30.

²⁶⁾ Keuk, Vermögensschaden, a.a.O., S. 61, 192 formuliert: „Zustand, welcher bei ordnungsgemäßem Verhalten des Ersatzpflichtigen bestehen würde“.
²⁷⁾ Vgl. BGH, VersR 59, 399; 72, 1025; KG, VersR 77, 82; Geigel, Haftpflichtprozeß, a.a.O., S. 81 Anm. 2; ferner die in Fn. 8 Zitierten.
²⁸⁾ Vgl. Fn. 9.
²⁹⁾ Larenz, Schuldrecht AT, a.a.O., S. 388; Esser, Schuldrecht I 2, a.a.O., S. 150; Palandt-Heinrichs, BGB, vor § 249, Anm. 2 a; Soergel-R. Schmidt, BGB, § 249 Anm. 83 f.; Erman-Sirp, BGB, § 249 Anm. 7, 69 ff.; Knobbe-Keuk, VersR 76, 405; Böttcher, VersR 66, 301; Stoll, JZ 71, 597; Honsell, JuS 73, 74; Medicus, JuS 79, 235; OLG Karlsruhe, VersR 74, 1006 f.
³⁰⁾ Vgl. Larenz, Schuldrecht AT, a.a.O., S. 398; Palandt-Heinrich, BGB, vor § 249 Anm. 2 a. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Arbeitskraft als solche einen Vermögenswert besitzt (dazu MünchnKomm-Grunsky, BGB, vor § 249 Anm. 23 f. m. Nachw.).
³¹⁾ Vgl. MünchnKomm-Grunsky, BGB, § 249 Anm. 6; Medicus, JuS 69, 453; Esser, Schuldrecht I 2, a.a.O., S. 143.
³²⁾ Vgl. MünchnKomm-Grunsky, BGB, vor § 249 Anm. 11; Soergel-R. Schmidt, BGB, § 249 Anm. 84; Deutsch, Haftungsrecht I, a.a.O., S. 451.
³³⁾ BGH, NJW 76, 1630 (1631); 78, 1805 f.; dazu Hagen, Festschrift Haub (1978) S. 93.
³⁴⁾ Deshalb geht auch das Argument von Born (VersR 78, 792) ins Leere, daß derjenige, der ein kleineres Ersatzfahrzeug miete, nicht noch zusätzliche Entschädigung für den Gebrauchsentgang des eigenen bequemeren Fahrzeuges verlangen darf.
³⁵⁾ Vgl. Wiese, Der Ersatz des immateriellen Schadens (1964), S. 7; MünchnKomm-Grunsky, BGB, § 249 Anm. 2; Soergel-R. Schmidt, BGB, § 249 Anm. 84; Geigel, Haftpflichtprozeß, a.a.O., S. 115; OLG Hamm, NJW 62, 2205.
³⁶⁾ Larenz, Schuldrecht AT, S. 385, 405; Esser-Schmidt, Schuldrecht I 2, a.a.O., S. 143, 153 f.; Soergel-R. Schmidt, BGB, § 249 Anm. 77; Erman-Sirp, BGB, § 249 Anm. 67; Böttcher, VersR 66, 306; Medicus, JuS 69, 450; Knobbe-Keuk, VersR 76, 406.

Als Zwischenergebnis läßt sich somit festhalten, daß der Geschädigte normalerweise auch zur Deckung seiner immateriellen Bedürfnisse, wie Bequemlichkeit, Freude am Fahren, Prestige, die Stellung eines Ersatzfahrzeuges usw. die Bezahlung des für ein Ersatzfahrzeug erforderlichen Geldbetrages beanspruchen darf³⁷⁾. Dabei ist es völlig unerheblich, ob der Geschädigte mit dem Ersatzfahrzeug unabwieslichen Fahrbedarf befriedigen will³⁸⁾; denn entscheidend ist allein der Umstand, ob der Geschädigte noch³⁹⁾ Fahrbedarf hat und ob seine materiellen oder immateriellen Interessen beeinträchtigt sind, wenn er sie nicht mit einem Ersatzfahrzeug so wahren kann, wie er es mit seinem Kraftfahrzeug ohne den Unfall hätte tun können⁴⁰⁾. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß der Geschädigte immer ein Ersatzfahrzeug gleichen Typs oder, falls das beschädigte Fahrzeug schon älter ist, eines Nachfolgetyps beanspruchen darf. Sicherlich darf normalerweise der Besitzer eines Sportwagens wieder die Stellung eines Ersatzsportwagens verlangen; denn das immaterielle Interesse am Fahren schneller Wagen ist restitutionsfähig⁴¹⁾. Im übrigen ist aber nicht auf die Typengleichheit⁴²⁾, sondern neben der Beseitigung wirtschaftlicher auf die Beseitigung immaterieller Nachteile, wie der Beeinträchtigung des Komforts, des Prestiges und sonstiger immaterieller Interessen, wie Unfallsicherheit, Fahreigenschaften, abzuheben. Da sich die Automobilproduktion in ständiger Fortentwicklung befindet und befand, kann dies durchaus dazu führen, daß jemand, dessen unfallgeschädigtes Fahrzeug vor längerer Zeit erstmals zugelassen worden war, nicht einen Nachfolgetyp, sondern nur ein Fahrzeug einer geringeren Klasse zu beanspruchen in der Lage ist. Zu denken ist etwa an den Fall, daß ein Opel Rekord C, 1679 ccm, 66 PS der Baujahre 1969/72 beschädigt worden ist. Diesem Fahrzeug entspricht heute an Leistung, Sicherheit, Bequemlichkeit und Raumangebot ein Opel Ascona L 1,3 bzw. 1,6. Der Geschädigte kann mithin nicht verlangen, daß ihm wieder ein Opel Rekord zur Verfügung gestellt wird. Dagegen mag man einwenden, es könne ja durchaus sein, daß der Geschädigte vorbringen könne, er besitze ein besonderes immaterielles Interesse daran, gerade einen Opel Rekord zu fahren. Derartige immaterielle Interessen werden aber in der Praxis kaum jemals nachgewiesen werden können. Im übrigen wird man die Restitution im Hinblick auf dieses Interesse als unverhältnismäßig (§ 251 II BGB) bezeichnen müssen.

Im folgenden ist nun zu prüfen, inwieweit die Ersatzfähigkeit der im Rahmen des Ausgleiches immaterieller Interessen entstehenden Mietwagenkosten dadurch gemindert ist, daß der Geschädigte nur den zur Restitution „erforderlichen Betrag“ (§ 249 S. 2 BGB) verlangen darf oder daß die Naturalrestitution unmöglich bzw. nur unter unverhältnismäßigen Kosten (§ 251 BGB) durchführbar ist.

II. Die „Erforderlichkeit“ des Mietwagens zur Behebung immaterieller Nachteile im Einzelfall

Im Einzelfall könnte das Verlangen nach Ersatz der Mietwagenkosten daran scheitern, daß der zur Anmietung eines Ersatzkraftfahrzeuges nötige Geldbetrag nicht im Sinne des § 249 S. 2 BGB für „erforderlich“ gehalten wird, weil der Geschädigte z. B. seinen Fahrbedarf, wenn auch etwas unbequem, mit einem Taxi befriedigen könnte oder weil ein kleineres Fahrzeug als das beschädigte für die Zwecke des Geschädigten ausreiche⁴³⁾. Eine derartige Begrenzung des Ersatzanspruchs liegt nahe, wenn man daran denkt, daß die Begriffe „erforderlicher Geldbetrag“ der Rechtsprechung⁴⁴⁾ und einer in der Literatur verbreiteten Ansicht^{44a)} zufolge objektiv zu verstehen sind. Der BGH formuliert, zu ersetzen sei der Geldbetrag, den ein verständiger und wirtschaftlich denkender Eigentümer in der besonderen Lage des Geschädigten aufzuwenden habe, um den Zustand herzustellen, der ohne den Schadensfall bestünde. Diese Formel ist mit ihrer Betonung dessen, was eine verständige und wirtschaftlich denkende Person tut, geeignet, grundlegende Prinzipien des Schadensrechts auszuhöhlen⁴⁵⁾. Insbesondere verführt sie gerade im Hinblick auf immaterielle Nachteile nur allzu leicht dazu, diese Nachteile aus der Sicht der Kunstfigur eines „verständigen und wirtschaftlich denkenden“ Geschädigten für irrelevant zu erklären. Auf diese Weise könnte man das für das geltende Schadensrecht grundlegende „Alles-oder-Nichts“-Prinzip zu durchbrechen suchen. Für eine derartige Rechtsfortbildung besteht indessen kein Anlaß. Der historische Gesetzgeber hat sich im Interesse der Rechtssicherheit bewußt für das „Alles-oder-Nichts“-Prinzip entschieden. An diesem Vorrang der Rechtssicherheit gilt es festzuhalten⁴⁶⁾; denn der Gesetzgeber hat sich nicht dazu durchringen können, die ihm im Entwurf des Bundesjustizministeriums als § 255 a BGB vorliegende Reduktionsklausel Gesetz werden zu lassen. Wenn demzufolge nach wie vor Vermögensschäden in voller Höhe liquidiert werden können, so besteht kein Anlaß im Hinblick auf die im Rahmen der Naturalrestitution ausgleichsfähigen immateriellen Nachteile das Prinzip des „Alles oder Nichts“ über die in § 251 BGB genannten Schranken hinaus zurückzudrängen.

Die Formel von dem „verständigen und wirtschaftlich denkenden Eigentümer in der besonderen Lage des Geschädigten“ ist mithin unter Beachtung des „Alles oder Nichts“-Prinzips zu interpretieren. Ihre Funktion liegt in erster Linie darin, daß der „erforderliche Geldbetrag“ im Sinne eines ex ante⁴⁷⁾ im Moment der Schadenszufügung festgesetzten Ausgleichsbetrages notwendigerweise objektiviert festgelegt werden muß⁴⁸⁾.

³⁷⁾ Vgl. Born, VersR 78, 785 f.

³⁸⁾ BGHZ 54, 84 ff.; 61, 348 f.; BGH, VersR 72, 1025; 74, 147.

³⁹⁾ Palandt-Heinrichs, BGB, § 249 Anm. 2 b; Soergel-R. Schmidt, BGB, § 249 Anm. 77; Erman-Sirp, BGB, § 249 Anm. 68; Gotthardt, VersR 75, 979; Deutsch, Haftungsrecht I, a.a.O., S. 441; vgl. auch Zeuner, Festschrift Dietz (1973), S. 122.

⁴⁰⁾ Vgl. Gotthardt, VersR 75, 977 (980).

⁴¹⁾ So Esser-Schmidt, Schuldrecht I 2, a.a.O., S. 158; Deutsch, Haftungsrecht I, a.a.O., S. 335; vgl. aber auch z. B. Medicus, JuS 69, 453.

⁴²⁾ BGHZ 61, 346 (348); so wohl auch Geigel, Haftpflichtprozeß, a.a.O., S. 82; Zeuner, Festschrift Dietz, argumentiert auf S. 116 von einem ex ante-Standpunkt, befürwortet dann aber eine ex post-Betrachtung (S. 120).

⁴³⁾ Der ex ante-Standpunkt wird freilich nicht konsequent durchgehalten. So sollen im Rahmen des § 249 S. 2 BGB auch Umstände berücksichtigt werden, die erst später auftauchen und die Restitution erschweren. Vom ex ante-Standpunkt aus darf man dem Geschädigten nur einem dem Wahrscheinlichkeitsfaktor entsprechenden Geldbetrag, in dieser Höhe aber auch immer, zuerkennen. Der ex ante-Standpunkt wird daher verlassen, wenn ex post gefragt wird, wie schwierig sich die Restitution tatsächlich gestaltet hat und nur in dem Falle einen höheren Geldbetrag zuspricht, in dem sich ein Verteuerungsfaktor auch tatsächlich realisiert hat. Richtiger erscheint es daher, den „erforderlichen Geldbetrag“ anhand

³⁵⁾ OLG Stuttgart, NJW 76, 1797; Larenz, Schuldrecht AT, S. 385; Münchn-Komm-Grunsky, BGB, § 249 Anm. 2, anders aber Anm. 17; Böttcher, VersR 66, 305; Knobbe-Keuk, VersR 76, 406 f.; Tolk, Frustrierungsgedanke, a.a.O., S. 99; Medicus, JuS 79, 239; vermittelnd BGHZ 66, 239.

³⁶⁾ A. A. Klimke, DB-Beilage Nr. 10, 1974, S. 4.

³⁷⁾ Larenz, Schuldrecht AT, S. 385; Esser-Schmidt, Schuldrecht I 2, S. 154 f.; Keuk, Vermögensschaden, a.a.O., S. 220 f.; Böttcher, VersR 66, 304 ff., vgl. auch OLG Düsseldorf, VersR 69, 429 ff., a. A. Zeuner, Festschrift Dietz (1973), S. 121 f. m. Nachw.

³⁸⁾ Vgl. MünchnKomm-Grunsky, BGB, § 249 Anm. 10 und 28.

³⁹⁾ Vgl. MünchnKomm-Grunsky, BGB, § 249 Anm. 29; Himmelreich-Klimke, Kfz-Schadensregulierung, Rz 1411 ff.; vgl. auch Köndgen, AcP 177 (1977), S. 12.

⁴⁰⁾ Den gleichen Typ halten für maßgeblich MünchnKomm-Grunsky, BGB, § 249 Anm. 29; Himmelreich-Klimke, Kfz-Schadensregulierung, Rz 1402 jeweils m. w. Nachw.